Jürgen Habermas, geb. 1929, hat von 1961 bis 1964 in Heidelberg Philosophie, von 1964 bis 1971 in Frankfurt am Main Philosophie und Soziologie gelehrt. Von 1971 bis 1983 war er Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg. Seit 1983 lehrt er wieder an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Publikationen: *Student und Politik* (gemeinsam mit L. v. Friedeburg, Ch. Oehler und F. Weltz), 1961; *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, 1962; *Theorie und Praxis*, 1963; *Erkenntnis und Interesse*, 1968; *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, 1968; *Protestbewegung und Hochschulreform*, 1969; *Zur Logik der Sozialwissenschaften*, 1970, erweiterte Ausgabe 1982; *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung* (zusammen mit Niklas Luhmann), 1971; *Philosophisch-politische Profile*, 1971, erweiterte Ausgabe 1981; *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, 1973; *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*, 1976; (Hrsg.) *Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹*, 1980; *Kleine politische Schriften I–IV*, 1981; *Theorie des kommunikativen Handelns*, 1981; *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*, 1983; (Hrsg. mit L. v. Friedeburg) *Adorno-Konferenz 1983*, 1983; *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*, 1984; *Der philosophische Diskurs der Moderne*, 1985; *Die Neue Unübersichtlichkeit*, 1985; *Eine Art Schadensabwicklung*, 1987; *Nachmetaphysisches Denken*, 1988.

Jürgen Habermas
Die nachholende Revolution

Kleine Politische Schriften VII

Suhrkamp

SOWI 264.911-7

3/2585
K

Universitätsbibliothek
Europa-Universität
Viadrina
Frankfurt (Oder)

edition suhrkamp 1633
Neue Folge Band 633
Erste Auflage 1990
© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1990
Erstausgabe
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags
sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.
Satz: Hümmer, Waldbüttelbrunn
Druck: Nomos, Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
Umschlagentwurf: Willy Fleckhaus
Printed in Germany

2 3 4 5 6 – 95 94 93 92 91 90

Inhalt

Vorwort 7

1. Die neue Intimität zwischen Kultur und Politik 9

2. 1968 – Zwei Jahrzehnte danach 19

Interviews mit:

Angelo Bolaffi 21

Robert Maggiori 29

3. Jahresringe 37

Bewegung ist alles, ist Leben! – Ein Brief 39

Parteinehmendes analytisches Denken – Ein Brief 44

Über Titel, Texte und Termine oder wie man den Zeitgeist reflektiert – Ein Glückwunsch 48

Der Philosoph als wahrer Rechtslehrer 51

Der Erste – Eine Laudatio 65

4. Theorie und Politik 69

Grenzen des vernunftrechtlichen Normativismus 71

Interviews mit:

Hans Peter Krüger 82

Barbara Freitag 99

T. Hviid Nielsen 114

5. Verfassungspatriotismus – im allgemeinen und im besonderen 147

Grenzen des Neohistorismus 149

Die Stunde der nationalen Empfindung 157

Gewaltmonopol, Rechtsbewußtsein und demokratischer Prozeß 167

6. Die nachholende Revolution 177

Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf 179

Nochmals: Zur Identität der Deutschen 205

Nachweise 225

Vorwort

Die revolutionären Vorgänge in der DDR, in Mittel- und Osteuropa halten uns in Atem, während der anfängliche Enthusiasmus eher Furcht und Skepsis gewichen ist. Die Ereignisse verändern die internationale und die innerdeutsche Szene beinahe täglich. Aber die nachholende Revolution wirft kein neues Licht auf unsere *alten* Probleme. Diese, wie Adorno gesagt hätte, negativen Konstanten inmitten einer beschleunigten Geschichte mögen eine gewisse Kontinuität meiner Stellungnahmen aus den letzten Jahren rechtfertigen.

Frankfurt, im März 1990 *J.H.*

7 H. Marcuse, *Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Schriften*, Bd. 6, Frankfurt/Main 1989.

8 J. Habermas, *Volkssouveränität als Verfahren*, in: Forum für Philosophie (Hg.), *Die Ideen von 1789*, Frankfurt/Main 1989, S. 7–36.

9 Das ist keine »realpolitische Konzession«, wie manche meiner linken Kritiker meinen, sondern die Konsequenz eines gesellschaftstheoretischen Ansatzes, der holistische Konzeptionen überwindet.

10 Zu Konzepten einer nicht länger lohnzentrierten Grundsicherung vgl. jetzt G. Vobruba (Hg.), *Strukturwandel der Sozialpolitik*, Frankfurt/Main 1990.

11 J. Habermas, *Die Kritik des Wohlfahrtsstaates*, in: ders., *Die Neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt/Main 1985, S. 141–166.

12 U. Rödel, G. Frankenberg, H. Dubiel, *Die demokratische Frage*, Frankfurt/Main 1989.

Nochmals: Zur Identität der Deutschen Ein einig Volk von aufgebrachten Wirtschaftsbürgern?

Ein Vierteljahr nach der demokratischen Revolution drüben reichen sie sich hier die Hand – die Politiker, die sich zu Geschäftsleuten, die Intellektuellen, die sich zu Sängern der deutschen Einheit gemausert haben. Im Feuilleton wird Günter Grass denunziert, in der Talkshow verwandelt schon der Anblick eines linken Wirtschaftsprofessors die freundlichen Damen und Herren vom Mittelstand in Mob. Das selbstquälerisch-überflüssige Thema gewinnt heute seine Berechtigung: Was wird aus der Identität der Deutschen? Lenken die wirtschaftlichen Probleme den Einigungsprozeß in nüchterne Bahnen? Oder wird die D-Mark libidinös besetzt und in der Weise emotional aufgewertet, daß eine Art wirtschaftsnationale Gesinnung das republikanische Bewußtsein überwältigt? Die Frage ist offen, aber sie drängt sich auf angesichts des mentalen Flurschadens, den der Feldzug der Westparteien im Ost-Territorium bereits angerichtet hat.

Es fällt schwer, auf die ersten Blüten eines pausbäckigen DM-Nationalismus keine Satire zu schreiben. Der auftrumpfende Kanzler ließ den schmächtig-redlichen Ministerpräsidenten die Bedingungen wissen, unter denen er die DDR ankaufen wird; währungspolitisch machte er den Wählern einer von ihm erpreßten »Allianz für Deutschland« Mut; verfassungspolitisch stellte er die Weichen über GG Artikel 23 auf Anschluß; außenpolitisch verwahrte er sich gegen den Ausdruck »Siegermächte« und hielt die Frage der polnischen Westgrenze offen. Als ihm endlich dämmerte, daß Herr Schönhuber die längst verfallenen Rechtsfiktionen viel länger würde hochhalten können als er selbst, wollte er diesem wenigstens ein Thema wegnehmen, das bei Rechtsradikalen im Lande ziehen könnte – die »Reparationen«, welche immer das sein mögen. Die Schamlosigkeit seines von den Börsenkursen gestützten Nationalismus rechnete ungerührt gegeneinander auf: die historisch begründeten moralischen Ansprüche der polnischen Zwangsarbeiter auf Entschädigung und die der Nachbarstaaten auf die Garantie bestehender Grenzen gegen den finanzpoliti-

schen Handlungsspielraum und die Liquidität der dritten Industriemacht, die sich gerade die führende Industriemacht des RWG einverleiben und sich für diese Transaktion fit halten möchte. Nur *eine* Rechnungseinheit für *alle* Themen. Deutsche Interessen werden in Deutscher Mark gewogen und durchgesetzt. Gewiß, schlimmer als dieser Code war die Sprache der Stukas. Aber obszön ist dieser Anblick des deutschen Muskelspiels allemal.

I

Um zu verstehen, wie es soweit kommen konnte, muß man sich die innere Situation der Bundesrepublik zu dem Zeitpunkt vergegenwärtigen, als sie vom Flüchtlingsstrom über die ungarische Grenze und von der Reaktion darauf, der Maueröffnung, gestehen wir es im Jugendjargon, eiskalt erwischt worden ist. Wer hatte, bei aller Rhetorik, noch mit so etwas wie der Wiedervereinigung gerechnet – und wer hatte sie überhaupt noch gewollt? Willy Brandt jedenfalls hatte 1984 in den Münchner Kammerspielen behauptet, daß die deutsche Frage nicht mehr offen sei; und das Publikum war's zufrieden. Außerhalb des Theaterraums, draußen im Lande, dürfte die Stimmung so verschieden nicht gewesen sein.

Karl Jaspers hatte 1960 klare Worte gesprochen: »Die Geschichte des deutschen Nationalstaates ist zu Ende. Was wir als große Nation... leisten können, ist die Einsicht in die Weltsituation: daß der Nationalstaatsgedanke heute das Unheil Europas und aller Kontinente ist.«[1] Dieses Credo wurde damals nicht nur von den liberalen und linken Intellektuellen geteilt. Wolfgang Mommsen zeichnet in einer 1983 veröffentlichten Arbeit ein differenzierteres Bild von den »Wandlungen der nationalen Identität der Deutschen« in der Bundesrepublik. Während die Politiker der ersten Generation, die »Väter des Grundgesetzes«, noch glaubten, die nationalstaatliche Tradition der Weimarer Republik und damit des kleindeutschen Bismarck-Reiches ohne tieferreichende Problematisierung fortsetzen zu können, hatte sich während der fünfziger und sechziger Jahre in der breiten Bevölkerung ein eher pragmatisches Selbstverständnis herausgebildet, das die Frage der nationalen Identität zurücktreten ließ. Mommsen zufolge ist dieses Bewußtsein durch vier Elemente geprägt: durch die Dethematisierung der jüngsten Vergangenheit und eine eher ungeschichtliche Definition des eigenen Standortes; ferner durch die aggressive Abgrenzung gegenüber den Systemen Osteuropas, insbesondere gegenüber der DDR, d.h. durch eine Fortschreibung des historisch verwurzelten antikommunistischen Einstellungssyndroms; weiterhin durch die Orientierung an den Werten und Verkehrsformen der westlichen Zivilisation, besonders der »Schutzmacht« USA; und last not least durch den Stolz auf die eigenen wirtschaftlichen Leistungen. Mommsen vermutet wohl mit Recht in diesem Element, im Selbstbewußtsein einer erfolgreichen Wirtschaftsnation, den Kern des politischen Selbstverständnisses der Bevölkerung der Bundesrepublik – und ein Substitut für den weithin fehlenden Nationalstolz. Daraus erklärt sich auch, daß die hohe Akzeptanz der Verfassung und der Institutionen der rechtsstaatlichen Demokratie nicht eigentlich in normativen Überzeugungen verankert ist: »Unter den Bürgern der Bundesrepublik besteht eine überaus starke Neigung..., das parlamentarische System nicht in erster Linie als demokratisches Rahmenwerk für eine kontinuierliche Fortentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse anzusehen, sondern das Verfassungssystem mit der gesellschaftlichen Ordnung gleichsam in eins zu setzen.«[2]

Obwohl Mommsen die in den siebziger Jahren einsetzenden Diskussionen über die Alternativen von bundesrepublikanischem oder gesamtdeutschem Nationalbewußtsein noch berührt, gelangt er zu einem überraschend eindeutigen Resümee: »Wenn nicht alles täuscht, so ist die Geschichte der deutschen Frage heute in ihre Normallage zurückgekehrt..., nämlich (in die) der Existenz einer deutschen Kulturnation in der Mitte Europas, die in mehrere deutsche Staatsnationen gespalten ist. Alles spricht dafür, daß die Phase des konsolidierten nationalen Gesamtstaates von 1871–1933 eine Episode in der deutschen Geschichte gewesen ist und daß wir wieder, freilich auf höherer Ebene, den Zustand erreicht haben, der in Deutschland nach 1815 bestand, nämlich einer Mehrheit deutscher Staaten mit gemeinsamer kulturnationaler Zugehörigkeit.«[3]

Dieses Votum von 1983 reiht W. Mommsen aus dem Rückblick in jene Partei ein, die für einen auf die Staatsbürgernation der Bundesrepublik gerichteten Verfassungspatriotismus focht. Denn seit dem Ende der sechziger Jahre sind alle genannten Elemente des Selbstverständnisses der Bundesbürger bis auf eines, das Selbstbewußtsein der Wirtschaftsnation, in Frage gestellt worden. Die

Protestbewegung der Studenten hat dem Wegschieben einer pauschal verurteilten, aber weitgehend ausgeklammerten NS-Vergangenheit ein Ende bereitet. Die Ostverträge (mit der Anerkennung der DDR) und die anfänglichen Erfolge der Entspannungspolitik haben den landesüblichen Antikommunismus mindestens verunsichert. Der Vietnamkrieg, das Erstarken der EG und die Wahrnehmung von Interessendivergenzen zwischen Europa und den USA haben die Distanz zu den Vereinigten Staaten vergrößert. Die »nationale Identität« ist seitdem zu einem Thema öffentlicher Diskussionen geworden. Der liberale, unter der Parole »Zwei Staaten – eine Nation« eingespielte Konsens mußte nun explizit gemacht und sowohl gegen die Linksnationalisten an den Rändern des grünen Spektrums wie vor allem gegen die Neokonservativen verteidigt werden.

Diese hatten, in einem Klima wirtschaftlicher Krisen und sicherheitspolitischer Auseinandersetzungen, die von ihnen vermutete Legitimationsschwäche des politischen Systems auf »Geschichtsverlust« und mangelndes nationales Selbstvertrauen zurückgeführt. Die neokonservativen Bemühungen um eine kompensatorische Sinnstiftung trugen allerdings verschiedene Akzente, je nachdem, ob die propagierte »Rückkehr zur Nation« auf eine bundesrepublikanische oder eine gesamtdeutsche Identität zugeschnitten war; das »Vaterland Bundesrepublik« war eine Minderheitsposition.

Die neuen Konzeptionen hätten sich einzig auf das unbeschädigt gebliebene Element des Stolzes auf die Aufbauleistung und Wirtschaftskraft der eigenen Republik stützen können. Das von den Sozialdemokraten zeitweise ins Spiel gebrachte »Modell Deutschland« enthielt Anklänge daran, aber über Wahlkampfstrategien hinaus hat es keine Bedeutung erlangt. Aber die Versuche der Erneuerung eines traditionellen Patriotismus mußten, links wie rechts, an die Identität der gesamten Nation Anschluß suchen; deshalb konnten sie nicht einen spezifisch der Bundesrepublik zugeschriebenen Wert zum Fundament eines wirtschaftsnationalistisch grundierten Selbstverständnisses machen. Und die Verfechter eines bundesrepublikanischen Verfassungspatriotismus mußten ohnehin alles daransetzen, die Identifikation mit der 1949 entstandenen Staatsbürgernation in ihrem normativen Eigenwert zu betonen, um sie von der Wertschätzung *vorpolitischer* Gegebenheiten, sei es des Volkes als historischer Schicksalsgemeinschaft, der Nation als Sprach- und Kulturgemeinschaft oder eben des Sozial- und Wirtschaftssystems als einer Leistungsgemeinschaft abzusetzen.

H. Honolka hat auf der Grundlage der 1987 verfügbaren demoskopischen Daten gezeigt, daß sich der Mentalitätswandel der Bundesbürger tatsächlich in diese Richtung bewegt hat. Dem Wirtschaftsstolz, für den die Umfragen bis in die siebziger Jahre hinein eine ansteigende Tendenz belegen, hat nach jüngeren Umfragen die Hochschätzung der Demokratie den Rang abgelaufen: »In der bekannten internationalen Studie der amerikanischen Politologen Gabriel A. Almond und Sidney Verba über politische Kultur aus dem Jahre 1959 beruhte der Nationalstolz noch vorrangig auf Volkseigenschaften und Wirtschaftssystem, während die politische Identität anderer westlicher Nationen wie der USA und Großbritanniens vorrangig über politische Institutionen gestiftet wurde. Inzwischen haben sich auch die Bundesbürger dem westlichen Normaltypus nationaler Identität angenähert. Der Stolz auf politische Systemmerkmale hat sich weit nach vorn geschoben.«[4] Dazu stehen auch die Daten nicht im Widerspruch, die belegen, daß der Nationalstolz der Deutschen vergleichsweise schwach ausgeprägt ist. Gerade im Laufe der achtziger Jahre haben sich die Evidenzen für die Auffassung verdichtet, die M. R. Lepsius auf dem 24. Soziologentag prononciert vorgetragen hat: »Ein wesentlicher Wandel in der politischen Kultur der Bundesrepublik liegt gerade in der Akzeptanz einer politischen Ordnung, die sich in verfassungsmäßig konkretisierten Formen durch individuelle Mitwirkungsrechte selbst bestimmt und selbst legitimiert. Demgegenüber ist die Vorstellung verblaßt, eine politische Ordnung sei an den kollektiven Eigenwert einer über ethnische, historische, kulturelle Eigenschaften abgrenzbaren Nation als ›Schicksalsgemeinschaft‹ gebunden. Die Ausdifferenzierung eines ›Verfassungspatriotismus‹, die Zustimmung zu einer durch Selbstbestimmungsrechte konstituierten politischen Ordnung und deren Abgrenzung von einer Ordnungsidee der ethnischen, kulturellen, kollektiven ›Schicksalsgemeinschaft‹ sind das zentrale Ergebnis der Entlegitimierung des deutschen Nationalismus.«[5]

Diese Worte verraten die Genugtuung einer ganzen Generation von westdeutschen Nachkriegsintellektuellen. Sie sind nur ein Jahr älter als die Öffnung der Mauer, mit der sich plötzlich die Perspektive auf die Vereinigung von zweien der drei Nachfolge-

staaten des »Großdeutschen Reiches« aufgetan hat. Wird damit die Bundesrepublik, von der Lepsius mit vielen von uns noch vor kurzem behaupten durfte, sie sei ein »postnationalstaatliches politisches Gemeinwesen«, in eine von ihren Bürgern überwundene geglaubte nationalstaatliche Vergangenheit zurückgeworfen?

Wie diese Frage entschieden wird, hängt auch davon ab, wie der Prozeß der staatlichen Vereinigung intoniert wird – also von der Mobilisierung der Gefühle hüben und drüben. Aus der gesamtdeutschen Perspektive entfällt nämlich jene Schranke, die bisher den Einbau der zurückgedrängten Komponente des bundesrepublikanischen Wirtschaftsstolzes in die nationale Identität behindert hatte. Im Hinblick auf die deutsch-deutsche Währungsunion könnten sich nun alle Deutschen mit der Potenz eines erweiterten Imperiums der D-Mark identifizieren. Die »Allianz für Deutschland« scheint dieses brachliegende Gefühlsgelände, wo aus der Arroganz einer wirtschaftlichen Vormachtstellung nationalistische Blüten sprießen, schon erschlossen zu haben.

Der klassische Imperialismus hatte ähnliche Gefühle auf andere Weise kanalisiert. Damals sollten territoriale Eroberung und militärische Sicherung der einheimischen Industrie die Märkte erst öffnen. Im sensiblen Geflecht einer interdependenten Weltwirtschaft, die keine nationalen Grenzen kennt, wird die Marktmacht selbst zum nationalen Erwecker. Ein neuer Wirtschaftsnationalismus würde sein martialisches Gesicht gegen die biedermännische Geste des freundlich-herablassenden Entwicklungshelfers eintauschen. Damit wäre auch die Kompensationsvorstellung der Neokonservativen überholt. Denn das erneuerte nationale Bewußtsein würde die Bürden einer wie immer auch sozialstaatlich abgefederten kapitalistischen Modernisierung nicht mehr *ausgleichen*; ein Nationalbewußtsein, das in der Stärke der D-Mark seinen symbolischen Ausdruck findet, müßte vielmehr die Stimme des aufgeklärten Eigeninteresses übertönen und den skeptischen Wirtschaftsbürger *in seiner eigenen Sprache* zu kollektiven Anstrengungen und Verzichten bewegen.

II

Das sind Überlegungen zu einem Wandel der Identität der wiedervereinigten Deutschen, der in der gegenwärtigen Konstellation

möglich geworden ist. Ich behaupte nicht, daß irgend jemand einen Wirtschaftsnationalismus dieses Typs *anstrebt*. Aber die Deutschlandpolitik, die das Kanzleramt nach anfänglichem Hin und Her zielstrebig verfolgt, kommt einem solchen Mentalitätswandel entgegen.

Schon die Zehn-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers ließ eine gewisse Ungeduld erkennen, auf dem Weg zur nationalstaatlichen Einheit voranzukommen – weniger durch ihren Inhalt als durch den Umstand, daß Etappen auf diesem Wege überhaupt operationalisiert wurden. Aber die Rhetorik dieser ersten Wochen nach dem 9. November ließ die Alternative zwischen einer im Ernst europäischen Lösung der deutschen Frage und einer Politik des Alleingangs noch offen. Genaugenommen blieb die Alternative nur unklar. Die Beteuerung einer europäischen Lösung bot eine Leerformel an, die jeder nach Belieben füllen konnte. In jenen Anfangswochen haben nicht nur die europäischen Nachbarn und die beiden Großmächte, sondern auch die Sprecher der DDR-Opposition und ein überwiegender Teil der westdeutschen Bevölkerung den Vereinigungsprozeß in einer zeitlichen Perspektive gesehen, aus der sich gewissermaßen ein prozeduraler Vorrang der europäischen Einigung von selbst zu ergeben schien. Jedenfalls schien die Option zu bestehen, operative Schritte für eine Periode zu planen, in der die Eigenstaatlichkeit der DDR – auch nach einer vollzogenen Konförderation – gewahrt blieb, so daß sich der schwierige Prozeß der wirtschaftlichen Angleichung unter einem europäischen Dach vollziehen würde.

An diesem Szenario, das der EG eine wichtige Rolle vorbehält, interessiert mich vor allem die unbelastete politische Rolle, die die Bundesrepublik als Vorreiter einer koordinierten europäischen Wirtschaftshilfe *für alle* in Transformation begriffenen Länder in Mittel- und Osteuropa hätte übernehmen können. Statt die deutschen Landsleute über das Medium des Verfassungsrechts und eine überstürzte deutsch-deutsche Währungsunion im Hauruck-Verfahren ins eigene Boot zu ziehen, hätte die Bundesrepublik als stärkste Kraft innerhalb der EG an die Solidarität *aller* Europäer und an die geschichtliche Verpflichtung Westeuropas gegenüber *allen* mittel- und osteuropäischen Nachbarn appellieren können. Unbeschadet davon hätte die Bundesrepublik ihren speziellen deutsch-deutschen Verpflichtungen durch den (bisher verweigerten) Kapitaltransfer zugunsten eines Ausbaus von Infrastrukturen

in der DDR nachkommen können. Diese Überlegung steht im historischen Konjunktiv und soll nur an eine Option erinnern, die sich keinen normativen Einwänden ausgesetzt hätte. Eine solche Politik hätte unsere Landsleute gegenüber den in gleicher Situation befindlichen Bürgern der östlichen Nachbarn nur in dem Maße privilegiert, wie es sich im Verhältnis zwischen Staaten derselben Nation von selbst versteht – und wie es auch von anderen verstanden worden wäre. Schon die politische Klugheit lehrt, daß eine bloße Verschiebung des Wohlstandsgefälles von der Elbe an die Oder und Neiße den nationalistischen Argwohn der zurückbleibenden Nachbarstaaten auf das wiedervereinigte Deutschland lenken muß. Die europäische Alternative empfahl sich aber vor allem damit, daß wir die Rhetorik der Nicht-Bevormundung und der Nicht-Einmischung hätten ernst nehmen können. Ohne eine Atempause und ohne den Bewegungsspielraum, in dem sich eine *eigene* politische Öffentlichkeit herausbilden konnte, ist jedoch die erste freie Wahl degeneriert zu einem »Kampf der Parteien der Bundesrepublik um die DDR« (H. Rudolph in der *SZ* vom 8. März 1990).

Nach seinem Besuch in Dresden hat sich der Bundeskanzler alsbald zu einer Doppelstrategie der unverhohlenen Destabilisierung und des schnellen Anschlusses der DDR entschlossen, um die Bundesrepublik zum Herrn des Verfahrens zu machen und zugleich internationalen Reibungswiderständen zuvorzukommen. Die Bundesregierung will offensichtlich aus der Position der Stärke eines faktisch vollzogenen ökonomischen und politischen Anschlusses in die schwierigen Verhandlungen über eine Umverteilung der Lasten zwischen den EG-Partnern, über ein verändertes Sicherheitssystem und über friedensvertragliche Regelungen eintreten können. So drückte die Bundesregierung einerseits auf das Tempo; sie dramatisierte wirkungsvoll die Zahl der Übersiedler, obwohl niemand wußte, wie man auf deren Motive Einfluß nehmen könnte. Andererseits konnte sie das Ziel des Anschlusses, also eine Vereinigung zu Bedingungen der Bundesrepublik, nur erreichen, wenn sie die DDR mürbe machte und für einen Beitritt nach GG-Art. 23 die notwendige Mehrheit beschaffte.

Die mit Teltschiks Gerüchten makabre Züge annehmende Destabilisierung bezog sich keineswegs nur auf die Reste des alten Regimes, sondern auf jene Opposition, die das Regime gestürzt hatte und jetzt vor allem an einer Veränderung der Strukturen von innen

heraus, nämlich an Selbststabilisierung und Selbstbesinnung interessiert war. Nur so erklären sich die stillschweigende Delegitimierung des Runden Tischs und die Brüskierung der Regierung Modrow, die ja, wie zwei Bundesverfassungsrichter feststellten, auch nach unseren Maßstäben insoweit Legitimität gewonnen hatte, »als sie vom Runden Tisch und den in der Regierung vertretenen Oppositionsgruppen mitgetragen wird. Das heißt aber: das alte System ist bereits liquidiert – der Sache nach, nur die Durchführung der Liquidation steht noch aus. Es besteht keine Notwendigkeit mehr, dieser Regierung, wenn die Zeit drängt, ›Erfolge‹ vorzuenthalten.« (*Der Spiegel* 10/1990) Genau das tat die Bundesregierung. Sie sperrte sich gegen eine Kapitalhilfe zum Ausbau von Infrastrukturen, die sie zur Verbesserung der Verwertungsbedingungen des in die DDR drängenden privaten Kapitals ohnehin wird leisten müssen.

Um die Zustimmung der DDR-Wähler warb die CDU/CSU mit dem ihr eigenen Charme. Wäre es ihr nur um die Entmächtigung des alten Regimes gegangen, hätte sich der Kanzler gewiß nicht persönlich bemüht, eine Oppositionsgruppe wie den Demokratischen Aufbruch zur Allianz mit einer diskreditierten Blockpartei zu nötigen, um dann einen Wahlkampf zu führen, der die neugegründete SPD entgegen jeder historischen Wahrheit mit den SED-Nachfolgern in einen Topf warf. So mobilisierte sie Massen, die (nach einem Bericht der *SZ* vom 7. März 1990, S. 12) bei einer DSU-Kundgebung vor der Leipziger Oper studentische Gegendemonstranten unter Rufen wie »rote Faschisten – Linksterroristen«, »rotes Pack« und »Rote raus« zusammenschlugen. Den Rest besorgten Leute wie Schnur und Ebeling, besorgte die Verheißung eines mit Reprisen von Ludwig Erhard beglaubigten Wirtschaftswunders, das die präpotent in Aussicht gestellte Währungsunion bewirken soll. Die Bevölkerung der DDR hatte vierzig Jahre lang für die regierenden Machthaber stimmen müssen. Kohl hat ihr klargemacht, daß es besser ist, auch diesmal für die machthabende Regierung zu stimmen.

Kaum rühmlicher war die Rolle der SPD, die sich, wenn es schief gehen sollte, wird fragen lassen müssen, ob sie nicht auf ihrem Berliner Kongreß aus Angst vor der erneuten Rolle des vaterlandslosen Gesellen einen historischen Fehler begangen hat. Kein Wort über Willy Brandt; die Partei ist es, die ihn auf die Marktplätze der DDR schickte. Es ist ja verständlich, daß die SPD den jungen

SDP-Gründern, deren Mentalität eben an die Gesamtdeutsche Partei Heinemanns aus den frühen fünfziger Jahren erinnert, ihren traditionsreichen Namen nicht überlassen wollte, ohne an der Identität der neuen Partei ein bißchen mitzumodeln. Erst recht versteht man die Sentiments, die alte Genossen im historischen Dreieck von Gotha, Erfurt und Leipzig überkommen haben. Und einer politischen Partei, die sich ausrechnet, die Mehrheit zu gewinnen, Opportunismus vorzuwerfen, ist naiv. Diese ehrenwerten Gründe reichen jedoch nicht hin, um andere Überlegungen zu ignorieren – oder eben gar nicht zu entscheiden und beiden, sowohl Willy Brandt wie Oskar Lafontaine, in gleicher Phonstärke zuzujubeln. Als sich die SPD entschloß, mit der CDU/CSU um die Palme der ersten gesamtdeutschen Partei zu streiten und die nationalen Emotionen auf ihre Mühlen zu leiten, hat sie nicht nur ihre besseren Traditionen verraten, sie hat auch jene Nebelwand errichten helfen, hinter der die Alternative zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung verschwunden ist. Auch die SPD hat sich über die Empfehlung des Runden Tischs, die Wahlkampfimporte aus dem Westen zu begrenzen, hinweggesetzt. Mehr noch, sie hat ihren Genossen geraten, Wahlbündnisse abzulehnen, die für die linken Oppositionsgruppen die einzige Chance waren, sich landesweit zu etablieren. Gewiß, auch das entspricht den Regeln des üblichen parteipolitischen Machterwerbs. Aber diese Regeln setzen eine übliche Situation voraus, in der sie nicht von außen oktroyiert werden müssen und nicht genau diejenigen diskriminieren, die die Revolution in vorderster Reihe gemacht haben.

Die Politik der vollendeten Tatsachen hat ihr Ziel noch nicht erreicht; die Mentalität, auf die sie baut und die sie fördert, hat sich noch nicht durchgesetzt; der Wahlkampf in der Bundesrepublik hat noch nicht begonnen.

Was uns Bundesbürger betrifft, so scheint noch Verlaß zu sein auf jene Mischung aus aufgeklärtem Egoismus von Wirtschaftsbürgern und kostenlosem Altruismus von Staatsbürgern, die R. Dahrendorf Anlaß gibt zu frohlocken: »Die Saturierten finden es sehr gut, wenn es im Osten besser wird, aber die Leute sollen doch bitte dableiben. Und wenn es schon keine Mauer mehr gibt, dann muß man sich eben wiedervereinigen. Vielleicht gehen dann sogar ein paar von denen zurück, die ungestraft für ihre Trabis die TÜV-Plakette bekommen haben und zudem noch die örtliche Jugendherberge während der Schulferien belegen . . . Nationalismus ist da

ganz und gar die falsche Vokabel. Was ist nur aus den Deutschen geworden?«[6] Ich will nicht Wasser in den Wein gießen mit Hinweisen auf das Klima, das seitdem spürbar herber geworden ist, vor allem in den »örtlichen Jugendherbergen« und drum herum. Aber die wirtschaftsbürgerliche Prämisse, daß der staatsbürgerliche Altruismus kostenneutral zu haben ist, gilt nur für ruhige Zeiten. Was wird in unruhigeren Zeiten aus einer Mentalität, die die Bundesbürger nach 40 Jahren tatsächlich erworben hatten? Mit ihren Identitätsproblemen beschäftigten sich eher die anderen, die Politiker am Sonntag und die Intellektuellen auch unter der Woche. Die Bürger der Bundesrepublik *hatten* ein nicht-nationalistisches Selbstverständnis entwickelt und einen nüchternen Blick für das, was für jeden einzelnen an cash, an Gebrauchswerten aus dem politischen Prozeß herausspringt. Was wird aus diesen Dispositionen unter dem Druck einer Unsicherheit unter Arroganz verbergenden Politik, die stracks auf den gesamtdeutschen Nationalstaat zusteuert?

Diese hat eines schon erreicht: daß die nationale Frage wieder einmal in Gegensatz gerät zu Fragen republikanischer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit. Wer vorpolitische Größen wie Nationalität nicht streng in Einklang hält mit dem universalistischen Geist der Bürgerrechte, erzeugt gefährliche Kollisionen. Vor den Kommunalwahlen in Bayern muß nun auch die CSU mit der linken Hand das Sozialrecht für Übersiedler stutzen, während sie mit der rechten Hand fortfährt, den unsolidarischen Lafontaine zu denunzieren, der dasselbe schon lange propagiert hatte – nur aus anderen Gründen. Lafontaine hatte früh ein Gespür für normative Konfusionen gezeigt, als er vor Deutschtümelei warnte und für Asylanten, Aus- und Übersiedler Gleichbehandlung forderte. Die Politik des deutschen Alleingangs droht die Bürger in ein Wertedilemma zu stürzen, das in Deutschland eine traurige Vorgeschichte hat. Nachdem die wirtschaftsbürgerliche Prämisse der Kostenneutralität nicht länger aufrechtzuhalten ist, könnte die ganz große »Allianz für Deutschland« den falschen Ausweg aus dem Dilemma suchen. Sie könnte ihren Wahlkampf mit leichten Variationen auf dem Boden der Bundesrepublik fortsetzen und von den Bürgern hier kollektive Anstrengungen fordern im Geiste einer nationalistischen Identifikation mit der Erweiterung jenes DM-Imperiums, von dem sie ja bisher ganz gut gelebt haben.

III

Die Alternative zu dieser Spielart von Wirtschaftsnationalismus ist die Befestigung jener Komponente unseres Selbstverständnisses, mit der sich in den achtziger Jahren »auch die Bundesbürger dem westlichen Normaltypus nationaler Identität angenähert« haben. Eine Identifizierung mit den Grundsätzen und den Institutionen unserer Verfassung verlangt aber eine Agenda des Vereinigungsprozesses, auf der das nicht-mediatisierte, im Rahmen einer nicht-okkupierten, nicht vermachteten politischen Öffentlichkeit ausgeübte Recht der Bürger auf Selbstbestimmung Vorrang genießt; und zwar Vorrang vor einem clever in die Wege geleiteten, letztlich nur administrativ vollzogenen Anschluß, der sich an einer wesentlichen Bedingung für die Konstituierung jeder Staatsbürgernation vorbeigemogelt – an dem öffentlichen Akt einer in beiden Teilen Deutschlands wohlüberlegt getroffenen demokratischen Entscheidung. Dieser Gründungsakt kann nur dann mit Willen und Bewußtsein vollzogen werden, wenn wir davon Abstand nehmen, die Vereinigung auf dem Weg über den Artikel 23 unseres Grundgesetzes (der den Beitritt »anderer Teile Deutschlands« vorsieht) herbeizuführen.

Ich verkenne nicht das Gewicht der Gründe, die für die Konservierung einer bewährten Verfassung sprechen. Aber Stabilitätserwägungen können normative Überlegungen nicht ersetzen. Es ist kurios zu beobachten, wie sich gerade diejenigen auf den Artikel 23 stützen, die Jahrzehnte lang auf dem Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes beharrt haben. Aus dieser geht unmißverständlich hervor, warum das Grundgesetz »Grundgesetz« und nicht »Verfassung« heißt: es sollte dem politischen Leben der Bundesländer »für eine Übergangszeit eine neue Ordnung« geben, nämlich bis zu dem Zeitpunkt, wo es gelingt, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«. Wenn nun die DDR wie seinerzeit das Saarland nach Artikel 23 ohne weitere Änderung dem Grundgesetz beitritt, wird mit dem gewählten Modus der Vereinigung implizit bekräftigt, was sich alle Revanchisten wünschen: daß die Bedingung für den Artikel 146 noch nicht erfüllt ist. Darin heißt es: »Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.« Eine freie Entscheidung

des *ganzen* deutschen Volkes könnte ein »Beitritt« der DDR in der Tat nicht bedeuten; denn die Bürger der Bundesrepublik müßten den Abgeordneten der DDR die Entscheidung überlassen. Wann also sollte der Tag gekommen sein, den Artikel 146 vorsieht, wenn nicht jetzt? Warten wir noch auf Ostpreußen und Schlesien? Wenn man diese Mißdeutung, wie ich nach der Bundestagsentschließung über die polnische Westgrenze unterstelle, ausschließen will, müßten der letzte Artikel und die Präambel des Grundgesetzes gestrichen und dieses selbst seines vorläufigen Charakters entkleidet werden. Diese Änderungen würden aber nur beweisen, daß der »Beitritt« der DDR nicht das erfüllen kann, was er sein soll – die Vereinigung von zwei Teilen zu einem *Ganzen*. Ein Beitritt nach Artikel 23 würde den Artikel 146 »leerlaufen« lassen; das widerspricht dem methodischen Grundsatz, jede einzelne Vorschrift unter dem Aspekt der Einheit der Verfassung zu interpretieren.

Manipulationen vorne und hinten und eine problematische Auslegung von GG Artikel 23 wären nur der juristische Preis für eine Politik der schnellen Hand. Schwerer wiegt der politische Preis, und der könnte eine Hypothek für mehrere Generationen werden. Wir würden nicht nur die Chance zur Verbesserung einer guten, freilich damals nicht durch Volksentscheid legitimierten Verfassung verspielen, wir würden den historischen Augenblick vertun, den Prozeß der staatlichen Vereinigung im klaren politischen Bewußtsein der Konstituierung einer Staatsbürgernation zu vollziehen.

Wenn wir uns von den diffusen Vorstellungen über den Nationalstaat nicht freimachen, wenn wir uns der vorpolitischen Krücken von Nationalität und Schicksalsgemeinschaft nicht entledigen, werden wir den längst eingeschlagenen Weg in eine multikulturelle Gesellschaft, den Weg in einen regional weit aufgefächerten Bundesstaat mit starken föderativen Kompetenzen, vor allem den Weg zum Nationalitätenstaat eines vereinigten Europas nicht unbelastet fortsetzen können. Eine nationale Identität, die sich nicht in erster Linie auf ein republikanisches, ein verfassungspatriotisches Selbstverständnis stützt, kollidiert mit den universalistischen Regeln des Zusammenlebens gleichberechtigt koexistierender Lebensformen; sie kollidiert auch mit der Tatsache, daß sich die staatliche Integration heute auf drei Ebenen simultan vollzieht – in Land, Bund und Europäischer Gemeinschaft. Auf dem Wege über

den Artikel 23 können die Bürger den Prozeß der Vereinigung nur noch *erleiden*. Der Weg über einen Verfassungsgebenden Rat verhindert hingegen eine Politik der vollendeten Tatsachen, verschafft den DDR-Bürgern vielleicht doch noch eine Atempause zur Selbstbesinnung und läßt Zeit für eine Diskussion über den Vorrang europäischer Gesichtspunkte.

Nur der Volksentscheid über einen Verfassungsvorschlag, und zwar zu der Alternative zwischen einem gesamtdeutschen Bundesstaat und einer Förderation, die der Bundesrepublik das Grundgesetz beizubehalten erlaubt, räumt *allen* Bürgern die Chance ein, Nein zu sagen. Er macht ein quantifiziertes Minderheitsvotum möglich; damit wird die Entscheidung der Mehrheit erst zu einem bewußt vollzogenen Akt, um den sich das republikanische Selbstverständnis künftiger Generationen wird kristallisieren können. Erst angesichts einer frei zu entscheidenden Alternative kann zu Bewußtsein kommen, was unter den Jüngeren ohnehin ein weitverbreitetes Gefühl ist: daß die Konstituierung einer einzigen Staatsbürgernation auf den bisherigen Territorien der Bundesrepublik und der DDR nicht schon durch vorpolitische Gegebenheiten der Sprachgemeinschaft, der Kultur oder der Geschichte *präjudiziert* ist. Deshalb möchte man wenigstens gefragt werden.

Für ganz schief halte ich die Argumentation meines Freundes Ulrich Oevermann, der die These vertritt, daß sich »mit den revolutionären Vorgängen in der DDR die *unvollendete* Aufgabe der Konstitution der politischen Nationalstaatlichkeit von neuem praktisch gestellt« habe.[7] Um eine »nachholende« Revolution soll es sich also handeln, aber nicht im Hinblick auf Gesellschaft und demokratischen Rechtsstaat, sondern hinsichtlich einer verspäteten Nation, die endlich im Nationalstaat zu sich selbst kommt. Gerade wenn man die »Transposition des Politischen auf die Ebene von Kultur und Geist« so entschieden ablehnt wie Oevermann, ist es aber inkonsequent, die von M. R. Lepsius herausgearbeitete Unterscheidung zwischen Staatsbürgernation und Volksnation zu verwischen. Anders als in den klassischen Staatsnationen des Westens hat sich in den Nachfolgestaaten des alten Deutschen Reiches oder im kleindeutschen Reich Bismarcks die politische Vergemeinschaftung der Staatsbürger mit den vorpolitischen Gegebenheiten einer »historisch-material gegebenen einheitlichen Nation«, auf die Oevermann sich beruft, niemals

gedeckt. Hier bestanden, wie Lepsius bemerkt, starke Spannungen zwischen der »politischen Bezugsebene des Volkes als Träger der politischen Herrschaftsrechte« und den vorpolitischen »Bezugsebenen des Volkes als ethnischer, kultureller, sozioökonomischer Einheit«: »Die Anerkennung dieser Spannungsverhältnisse ist die Basis für eine Zivilgesellschaft demokratischer Selbstlegitimation. Jede Gleichsetzung von ›Demos‹ als Träger der politischen Souveränität mit einem spezifischen ›Ethnos‹ führt im Ergebnis zu einer Unterdrückung oder Zwangsassimilation von anderen ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozioökonomischen Bevölkerungsteilen innerhalb eines politischen Verbandes. So versuchte man im Deutschen Reich nach 1871, die Polen in den deutschen Ostprovinzen zu germanisieren, die Elsässer und Lothringer zu verdeutschen, die Katholiken und Sozialdemokraten als national unzuverlässig – ultramontanistisch oder internationalistisch – zu diskriminieren. ... Je nachdem, welche Eigenschaften zur Aufladung der nominalen Kategorie des Staatsbürgers verwendet werden, ergeben sich höchst unterschiedliche Diskriminierungsfälle, denn das Gleichheitsgebot zwischen den Staatsbürgern erfährt eine Brechung über zusätzliche Eigenschaften: die ethnische Gleichheit, die religiöse Gleichheit, die kulturelle Gleichheit oder die rassische Gleichheit. Das extremste Beispiel für die Brechung der staatsbürgerlichen Gleichheitsnorm durch die Einführung eines weiteren Kriteriums zur Gewährung der politischen Gleichheit stellt die nationalsozialistische Judengesetzgebung dar, durch die deutsche Staatsbürger jüdischer Herkunft ihrer Gleichheitsrechte beraubt wurden.«[8]

Nur in diesem Zusammenhang gewinnt das Thema Auschwitz seine Relevanz für das Bewußtsein, in dem sich der Prozeß der staatlichen Vereinigung vollzieht. Ganz abwegig ist es, Auschwitz ins Spiel zu bringen als eine metaphysische Schuld, die konkretistisch durch den Verlust von Ostpreußen und Schlesien, wie Karl Heinz Bohrer meint, beglichen werden könnte. Ebensowenig eignet es sich zum Hebel für den negativen Nationalismus einer Schicksalsgemeinschaft, die Oevermann zur Basis eines (nun erst?) haftbar zu machenden nationalstaatlichen Subjekts machen möchte. Auschwitz kann und soll die Deutschen, auf welchen staatlichen Territorien sie sich auch immer einrichten mögen, an etwas anderes erinnern: daß sie sich auf Kontinuitäten ihrer Geschichte nicht verlassen können. Mit jenem ungeheuerlichen Kontinuitätsbruch ha-

ben die Deutschen die Möglichkeit eingebüßt, ihre politische Identität auf etwas anderes zu gründen als auf die universalistischen staatsbürgerlichen Prinzipien, in deren Licht die nationalen Traditionen nicht mehr unbesehen, sondern nur noch kritisch und selbstkritisch angeeignet werden können. Die posttraditionale Identität verliert ihren substantiellen, ihren unbefangenen Charakter; sie *besteht* nur im Modus des öffentlichen, des diskursiven Streites um die Interpretation eines unter unseren historischen Bedingungen jeweils konkretisierten Verfassungspatriotismus.[9]

In einem Aufsatz zum »Wahnbild Nation« trifft Reinhard Merkel den Punkt: »Bis heute wird von den deutsch-nationalen Intellektuellen die Lektion der Aufklärung, der Französischen Revolution oder Ernest Renans abgewiesen: daß ›Nation‹ in demokratischen Staaten – wenn überhaupt noch etwas – nicht eine Abgrenzung der volkhaften Besonderheit nach außen sein kann. Sondern das Symbol eines binnengesellschaftlichen ›täglichen Plebiszits‹ für die demokratische Teilhabe an der politischen Selbstorganisation.« (*Die Zeit* vom 9. März 1990, S. 52)

IV

Karl Heinz Bohrer wittert freilich im verfassungspatriotischen Selbstverständnis einen Moralismus, der den großen Werken der Kunst ihr Unheimliches nimmt, der uns dazu bringt, »ganze Bestände der bis dato identitätsbildenden psychischen und kulturellen Tradition zu verdrängen, weil diese angeblich das Bewußtsein vorbereitete, das schließlich den Holocaust ermöglicht hat« (*FAZ* vom 13. Jan. 1990). Dabei mag er an die Quellen neufranzösischer Inspirationen, an Carl Schmitt, an Martin Heidegger oder Ernst Jünger gedacht haben. Aber schon der Publikationsort, an dem Bohrer das Bedenken vorträgt, dementiert seinen Kleinmut. Daß die kritische Auseinandersetzung mit unserem jungkonservativen Erbe zu dessen Tabuisierung oder gar Ausgrenzung geführt hätte, ist mir jedenfalls entgangen. Bohrer selbst erwähnt das »irrationalistische Erbe« von Friedrich Schlegel, Novalis und Nietzsche. Ich frage mich, wer auf den abenteuerlichen Gedanken kommen sollte, an die Tradition der *frühen* Romantik und an die Aufklärungskritik unseres glänzendsten Aufklärers *nicht* anzuknüpfen. Das ist ein Kampf gegen Gespenster. Der läßt allenfalls jenes Erbe

der gegenaufklärerischen und deutschtümelnden Intellektuellen in Vergessenheit geraten, das seit Franz Baader und Adam Müller, seit Ernst Moritz Arndt und J. F. Fries für die Mentalität des deutschen Bürgertums eine politisch prägende Kraft gewonnen hatte. Diese Partei, die von Hegel und Heine, Engels und Marx so fabelhaft persifliert worden ist[10], bildet ja bis zu Werner Sombarts *Händlern und Helden* eine Konstante im deutschen Geistesleben. Ihr sind bei jeder nationalen Woge – nach 1813, nach 1848, nach 1871 und 1914, von anderen Daten ganz zu schweigen – stets neue Generationen von schicksalsbewegten Intellektuellen zugewachsen. Dieser Energiestrom, der sich in den »Ideen von 1914« kondensiert hat, sollte sich mit der jüngsten nationalen Woge nicht regenerieren. Das ist eine Frage der geistigen Hygiene, nicht der Verdrängung. Bohrer beklagt die Kolonialisierung unseres Bewußtseins, die Seuche eines notorischen Erinnerungsschwundes, geistige Provinzialisierung. Haben wir nicht in der Bundesrepublik unser geistiges Erbe zum ersten Mal *auf ganzer Breite*, unter Einschluß von Heine und Marx, von Freud und Mach, Bloch und Benjamin, Lukács und Wittgenstein rezipiert, haben wir es nicht zum ersten Mal in seinen radikaleren Motiven zur Geltung gebracht? Auf die spirituellen Funken einer in der Emigration bewahrten deutsch-jüdischen Kultur ist es zurückzuführen, daß die Bundesrepublik »nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell Anschluß an den Westen gefunden hat. Mit anderen Worten, ihre Stärke beruht gerade darauf, daß sich hier eine international geprägte Kultur hat entwickeln können, die dennoch von Deutschen gestaltet wird.«[11]

Wir sollten zwischen nationalem Größenwachstum und geistiger Produktivität keine kurzschlüssige Beziehung herstellen. Karl Heinz Bohrer ist ein brillanter Essayist und ein glanzvoller Literaturkritiker. Mit bewundernswerter Intransigenz verfolgt er, von der frühen Romantik bis zum Surrealismus, die Spuren der ekstatischen Abgründigkeit ästhetischer Erfahrung. Er ist fasziniert von der großen Geste des Amoralischen. In dieser bezeugt sich die Autonomie einer Kunst, die die Kommunikation mit dem Guten und dem Wahren abgebrochen hat. Aber Bohrer weiß auch, daß diese Transgression »nur im Kopf« auszuhalten ist. Warum sollte eine zerebralisierte Kunst, an Gottfried Benn läßt es sich studieren, in den Bauch der Nation eintauchen? Die Ästhetisierung des Politischen ist einer der schlechtesten Gründe dafür, »daß wir wie-

der eine Nation werden sollen«. Den Intellektuellen selbst schadet's erst recht, wenn sie wieder ein nationales Podest erhalten, von dem herab sie ihre Reden halten können.

Soweit die deutschen Intellektuellen geistig provinziell geworden sind, sollten sie sich an die eigene Nase fassen und nicht darauf hoffen, daß die ersehnte Symbolik einer wiedererstandenen Reichshauptstadt ihrer Produktivität auf die Beine helfen wird. Die »Ästhetik des Staates«, die es ohnehin seit Louis Philippe aus guten Gründen nicht mehr gibt, wird keinen Aufschwung nehmen durch die Aussicht, daß neben Kohl und Waigel demnächst Thüringer und Sachsen auf den Ruinen des Reichstages die Flagge eines neuen Wirtschaftsnationalismus hissen könnten.

Die Furcht vor der Tabuisierung des Eigensten an unserem kulturnationalen Erbe erhält bei anderen einen ganz anderen Sinn. Erst rücken sie die Stasi-Vergangenheit an die Nazi-Vergangenheit heran, um dann beide auf die Müllhalde einer mit Schweigen zugedeckten Geschichte zu kippen. »Ohne Spruchkammern« heißt ein Leitartikel, in dem sich der retroaktive Hintersinn einer unvermuteten Großmut offenbart: »Vom ›Bewältigen‹ einer Vergangenheit sollte diesmal nicht die Rede sein. Auch die Wortkeule ›Verdrängung‹... sollte aus dem Spiel bleiben. Schon gar die schäbige Unterstellung einer ›Unfähigkeit zu trauern‹ als der angeblichen seelisch-konstitutiven Ursache von Verstocktheit und Verdrängung... Beim Pochen auf solches ›Bewältigen‹ war aus einem Moralanspruch alsbald Unmoral geworden. Immer klarer war hervorgetreten, daß es vor allem dazu benutzt wurde, politische Willfährigkeit zu erzeugen, die Machtansprüche fördern sollte.« (*FAZ* vom 6. Febr. 1990) Was das im Klartext heißt, hatte der *Rheinische Merkur* (in seiner Gastkolumne vom 24. November 1989) rechtzeitig erklärt. Endlich soll es mit Hilfe des bankrotten Staatssozialismus gelingen, den Schlußstrich zu ziehen: »Verliert der Antifaschismus-(›Antifa‹-)Affekt, dieses Sich-versenken in die Vergangenheitsbewältigung, seinen privilegierten Platz, verdrängt von der Wucht der Gegenwart?« Der Antifaschismus, aus dessen Geist der demokratische Rechtsstaat in Deutschland nach 1945 allein wiedergeboren werden konnte, soll zusammen mit den propagandistisch ausgehöhlten Antifa-Organisationen des Staatssozialismus endlich der Vergangenheit angehören.

Das obszöne Gerangel lebt nicht zufällig in einem Augenblick wieder auf, da Gorbatschow dem Antikommunismus seine Auslöser nimmt. Die Fassade jenes immer schon eigentümlich asymmetrisch zusammengesetzten antitotalitären Konsenses, der die Bevölkerung der Bundesrepublik lange zu einigen schien, ist endgültig zerbrochen. Da machen die Konkursverwalter des Antikommunismus eine letzte Anstrengung und bieten einen deal an: Diskretion soll nun hüben wie drüben walten. Als ob die nichtkommunistische Linke in der Bundesrepublik daran interessiert sein könnte, über den Teil des Stalinismus, der auf dem Wege über die DDR zum Bestandteil auch der deutschen Geschichte geworden ist, den Mantel kommunikativen Beschweigens auszubreiten.

In seiner Rede über das eigene Land setzt sich Peter Sloterdijk mit dem »deutschen Schweigen« auseinander, auch mit den großen Schweigern, den »ehemaligen Reichswortführern«, den »amtsenthobenen Redegewaltigen von einst«. Dann wendet er sich an seine Generationsgenossen: »Wer nach 1945 in Deutschland geboren wurde, sollte sich darüber im klaren sein, daß Nachgeborene, um selbst zur Welt zu kommen, noch im nachhinein das Schweigen ihrer Vorfahren an den entscheidenden Stellen brechen müssen.«[11]

Anmerkungen

1 K. Jaspers, *Freiheit und Wiedervereinigung*, München 1960, S. 53.
2 W. Mommsen, *Wandlungen der nationalen Identität der Deutschen* (1983), in: ders., *Nation und Geschichte*, München 1990, S. 62.
3 Mommsen (1990), S. 76; vgl. auch S. Meuschel, *Kulturnation oder Staatsnation*, in: *Leviathan*, 1988, H. 3, S. 406–435.
4 H. Honolka, *Die Bundesrepublik auf der Suche nach ihrer Identität*, München 1987, S. 104. Vgl. auch D. P. Conradt, *Changing German Political Culture*, in: G. A. Almond, S. Verba (eds.), *The Civic Culture Revisited*, Boston 1980, S. 212–272.
5 M. R. Lepsius, *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«*, in: M. Haller u. a. (Hg.), *Kultur und Nation*, Frankfurt/Main 1989, S. 254f.
6 *Merkur*, März 1990, S. 231.
7 U. Oevermann, *Zwei Staaten oder Einheit?*, in: Merkur, Februar 1990, S. 92.

8 M. R. Lepsius, *Ethnos und Demos*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1986, H. 4, S. 753; zur Kritik am Konzept der Staatsbürgernation B. Estel, *Gesellschaft ohne Nation?*, in: *Sociologia Internationalis*, 1988, H. 2, S. 197 ff.

9 J. Habermas, *Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität*, in: ders., *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt/Main 1987, S. 159–179.

10 D. Losurdo, *Hegel und das deutsche Erbe*, Köln 1989.

11 Mommsen (1990), S. 83.

12 P. Sloterdijk, *Versprechen auf Deutsch*, Frankfurt/Main 1990, S. 52

Nachweise

Die neue Intimität zwischen Politik und Kultur, in: J. Rüsen, E. Lämmert, P. Glotz (Hg.), *Die Zukunft der Aufklärung*, Frankfurt/M. 1988, S. 59–68

Interview mit Angelo Bolaffi, gekürzt in: *L'Espresso* (Rom) Supplemento al u. 3 del, 25 gennaio 1988

Interview mit Robert Maggiori, in: *Libération* (Paris) vom 30. Juni 1988

Bewegung ist alles, ist Leben! in: *Der Verleger und seine Autoren*, Frankfurt/M. 1984, S. 83–90

Parteinehmendes, analytische Denken (zusammen mit Ute Habermas-Wesselhoeft), in: K. Brede et al. (Hg.), *Befreiung zum Widerstand*, Frankfurt/M. 1987, S. 104–107

Über Titel, Texte und Termine, in: R. Habermas, W. H. Pehle (Hg.), *Der Autor, der nicht schreibt*, Frankfurt/M. 1989, S. 3–6

Der Philosoph als wahrer Rechtslehrer, in: *Kritische Justiz*, Jg. 2, H. 2, 1989, S. 138–146

Der Erste – Eine Laudatio, am 21. 10. 1989 in Darmstadt gehalten vor der Akademie für Sprache und Dichtung, unveröffentlicht

Grenzen des vernunftrechtlichen Normativismus, zuerst erschienen in: *Politische Vierteljahresschrift*, 30. Jg., H. 2, Juni 1989, S. 320–327

Interview mit Hans Peter Krüger, in: *Sinn und Form*, 41. Jahr, 1989, 6. Heft, S. 1192–1206

Interview mit Barbara Freitag, in: *Tempo Brasileiro* (Rio de Janeiro), Juli–Sept. 1989, S. 5–21

Interview mit T. Hviid Nielsen, für: *Acta Sociologica*, bisher unveröffentlicht

Grenzen des Neohistorismus, Interview mit J. M. Ferry, in: *Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte*, 36. Jg., April 1989, S. 370–374

Die Stunde der nationalen Empfindung, unveröffentlicht

Gewaltmonopol, Rechtsbewußtsein und demokratischer Prozeß, unveröffentlicht

Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf, unveröffentlicht

Nochmals: Zur Identität der Deutschen, unveröffentlicht.